

Anlage 5



## Kreistagsfraktion Rhein-Sieg

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Kreistag Rhein-Sieg Kreishaus 53721 Siegburg

Kreishaus, Raum B 1.08  
Kaiser-Wilhelm-Platz 1  
53721 Siegburg  
Telefon 02241 - 50737  
Telefax 02241 - 53642  
[info@gruene-fraktion-rhein-sieg.de](mailto:info@gruene-fraktion-rhein-sieg.de)  
[www.gruene-fraktion-rhein-sieg.de](http://www.gruene-fraktion-rhein-sieg.de)

# Haushaltsrede

Ingo Steiner  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Siegburg, 14.03.2013

## „Knappe Kassen der Kommunen sind auch eine Herausforderung für den Kreis“

Seit 14 Jahren arbeiten CDU und GRÜNE insbesondere beim Kreishaushalt zusammen und 14 Jahre steht für CDU und GRÜNE die Entlastung der Kommunen im Vordergrund.

Bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs durch den Landrat war klar, dass viele Kommunen im Rhein-Sieg Kreis mit ihren Haushalten nur ganz knapp am Haushaltssicherungskonzept vorbei kommen. Dies wurde deutlich von den Ratsfraktionen in die Kreistagsfraktion kommuniziert und es wurde auch deutlich, dass wir die Kommunen weiter entlasten müssen.

Bereits 2011/12 haben wir zu Gunsten der Kommunen die Kreisumlage durch einen Verlust des Kreises senken können. Doch auch dieser Verzehr von Vermögen des Kreises ist begrenzt. Das war eine besondere Situation, die wir nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen dauerhaft betreiben können. Genau aus diesem Grund hat der Kreistag beim letzten Haushalt einen weiteren Rückgriff auf die Allgemeine Rücklage ausgeschlossen.

Ein wesentlicher Faktor für den heute zu verabschiedenden positiven Haushalt, ist die Ausschüttung von Gewinnen der RSAG-Töchter. Dieser Gewinn, der die Kreisumlage deutlich sinken lässt, ist erst durch die mit großer Mehrheit, aber gegen die FDP beschlossene, Re-Kommunalisierung der Abfallwirtschaft möglich geworden. Es ist der Hinweis erlaubt, dass diese Gewinne ausschließlich aus den privatwirtschaftlichen Geschäften der RSAG stammen und nicht aus dem gebührenpflichtigen Geschäft. Das wäre auch nicht erlaubt. Dass darüber hinaus die Abfallgebühren seit Jahren stabil sind und es noch große Rücklagen aus der Meys-Affäre und der erhaltenen Schadensersatzzahlungen gibt, zeigt deutlich, wie wichtig und richtig die seinerzeitige Entscheidung zur Re-Kommunalisierung gewesen ist.

Doch im Rahmen der Haushaltsberatung kamen weitere Herausforderungen auf uns zu, wie z.B. die erforderliche Brandschutzsanierung des Kreishauses. Hier ist die Kostenschätzung zwischenzeitlich bei 30 Millionen Euro gelandet, 17 Millionen mehr als geplant. Doch auch diese Herausforderung haben wir angenommen und bewältigt. Dass hier vielleicht an der einen oder

anderen Stelle noch Sparpotential vorhanden ist, ist genauso sicher wie weitere mögliche Risiken von Mehrausgaben.

Gerade daher wird dieses Projekt durch die Politik von einer eigens gegründeten Arbeitsgruppe begleitet, die jede Einzelentscheidung sorgsam prüfen wird. Heute bereits zu sagen, wir könnten hier 2,6 Millionen an Möbeln sparen - wie die FDP es fordert - ist realitätsfremd. Die FDP ist im Arbeitskreis ja vertreten und kann sich mit konstruktiven Ideen einbringen, dazu laden wir sie ein.

Das gleiche gilt für den Verzicht auf eine leistungsorientierte Bezahlung der Beamten. Man muss wissen, dass sie den Angestellten nach Tarifvertrag zusteht. Wenn Sie sich jetzt bitte vorstellen: Angestellte und Beamte arbeiten im gleichen Team an einem gemeinsamen Ziel. Wird es erreicht, bekommt der Angestellte eine Prämie, der Beamte jedoch nicht. Das ist alles andere als motivierend, dem Beamten diese Prämie nicht zukommen zu lassen. Warum schlägt die FDP nicht auch noch vor, dass zukünftig die Opposition keine Aufwandsentschädigung und Sitzungsgelder mehr bekommt? Das wäre dann an dieser Stelle konsequent.

Doch trotz der schwierigen Rahmenbedingungen haben wir es erreichen können die Kommunen für 2013 um rund 6,5 Millionen Euro und in 2014 um rund 1,1 Millionen Euro zu entlasten. Wenn man die steigende Umlagegrundlage mit berücksichtigt, bleibt unter dem Strich immer noch eine deutliche Netto-Entlastung für die Kommunen.

Wir haben jedoch auch dort, wo der Bedarf nötig ist, die erforderlichen Mittel bereitgestellt. So haben wir den Zuschuss für den Behindertenfahrdienst erhöht, da die Nachfrage deutlich gestiegen ist. Auch werden wir bei entsprechender Förderung durch Land- und Bund in 2014 eine weitere Stelle bei der AWO für die Wohnberatung finanzieren. Ferner haben wir im Bereich der Suchtberatung den Fachstundensatz leicht erhöht und steigen in Projekte für Kinder psychisch Kranker Eltern ein, um hier spätere Jugendhilfekarrieren zu verhindern.

Sorgenkind ist und bleibt das Kreis-Jugendamt. Durch rechtliche Rahmenbedingungen von Land und Bund entstehen hier jedoch neue Anforderungen und somit auch neue Kosten. Sinn und Zweck des Kreisjugendamtes war immer die Nutzung von Synergie Effekten, weil kleinere Kommunen diese Aufgabe gar nicht leisten können. Nur eines dürfen wir in der Diskussion nicht aus dem Blick lassen: Die Kosten betreffen aufgrund gesetzlicher Auflagen oder der steigenden Fallzahlen sowohl das Kreisjugendamt wie aber auch die Jugendämter in den heute selbstständigen Städten.

Es ist die zentrale Aufgabe der nächsten Jahre, grundsätzliche Strukturen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die Jugendämter im Land zu überarbeiten und hier ein zukunftsfähiges Modell zu entwickeln.

Ich komme zum Schluss: Zwei der GRÜNEN Herzblutprojekte sind zum einen die Organisationsuntersuchung der Ämter 61 (Bauaufsicht) und 63 (Planungsamt). Ziel ist hier die vorhandenen Strukturen extern durch die GPA durchleuchten zu lassen. Berater mit Erfahrung in der Kommunalen Verwaltung werden uns zeigen, wo wir stehen. Im Ergebnis können mit einer solchen Untersuchung Prozesse optimiert und mögliche Doppelstrukturen beseitigt werden.

Dabei ist uns wichtig, dass diese Organisationsuntersuchung gemeinsam mit den Mitarbeitern der Verwaltung durchgeführt wird. Wichtig ist auch der Hinweis, dass wir hiermit ein Projekt auf den Weg bringen wollen, an dessen Ende die gesamte Kreisverwaltung für die Zukunft neu aufgestellt sein soll.

Mit einem „Masterplan Erneuerbare Energien“ wollen wir in den nächsten Schritt hin zu einem energieautarken Rhein-Sieg-Kreis gehen. Es ist jetzt an der Zeit, die zahlreich vorliegenden Gut-

achten übereinander zu legen, zu schauen, welche Hindernisse die Umsetzung von Projekten behindern. Und vor allem wollen wir konkret Hilfe zu leisten, einzelne Projekte gemeinsam mit den Kommunen im Kreis umsetzen.

Zum Schluss möchte ich natürlich auch den Mitarbeitern der Kämmerei den Dank der Fraktion ausrichten. Aber erlauben Sie mir, einem Mitarbeiter ganz besonders zu danken. Es ist der letzte Haushalt unseres Kämmers Karl-Hans Gansäuer; er wird vor der Aufstellung des nächsten Haushalts im wohlverdienten Ruhestand sein.

Lieber Karl-Hans, du weißt die Politik kann Haushalte nur dann gut aufstellen, wenn sie im Rahmen der Beratungen auch immer guten und kreativen Input bekommt. Ich danke Dir für die neun Jahre der intensiven Zusammenarbeit und vor allem für den kreativen Input in Haushaltsfragen. Ich denke, ich kann auch für meine Vorgänger sprechen, die es genauso empfunden haben. Für Abschiedsworte ist es noch zu früh, die kommen dann zur rechten Zeit.

Es gilt das gesprochene Wort.